

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 30. Januar 2024
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

A 92 Anfrage Zemp Gaudenz und Mit. über den Umgang mit dem Chronic Fatigue Syndrome / Long Covid im Kanton Luzern / Gesundheits- und Sozialdepartement

Die Anfrage A 92 sowie das Postulat P 1095 von Simone Brunner über sofortige Massnahmen zur besseren Gesundheitsversorgung von Long-Covid-Betroffenen werden als Paket behandelt.

Gaudenz Zemp ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Folgende Anträge liegen zum Postulat P 1095 vor:

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.

Simone Brunner hält an ihrem Postulat fest.

Gaudenz Zemp: Die Zeit während der Covid-19-Pandemie war sehr mühsam, und wir alle sind froh, dass diese vorbei ist, und möchten sie nie mehr erleben. Vielleicht es liegt es daran, dass Long Covid zu Beginn etwas zu wenig Beachtung geschenkt wurde. Langsam realisieren wir aber dessen Folgen und was auf uns zukommen wird. Daher begrüsst die FDP-Fraktion das Postulat P 1095 von Simone Brunner. Es fordert eine Prüfung, ob der Kanton in diesem Bereich tatsächlich aktiv genug ist. Die Krankheit ist für die betroffenen Personen einschneidend und wird richtig teuer, wenn sie nicht rechtzeitig angegangen wird. Wird nämlich der richtige Moment verpasst, werden die Beschwerden chronisch und machen auch junge Menschen ein Leben lang arbeitsunfähig. Das Postulat fordert jedoch einen Aufbau von Strukturen an den Spitälern. Das sehen wir weniger. Die Sache sollte möglichst über die Grundversorger angegangen werden, und es sollten keinen parallelen Strukturen aufgebaut werden. Die interdisziplinäre Arbeit ist wichtig, da viele Beschwerden psychosomatisch sind. Deshalb braucht es ein gemeinsames Wirken von verschiedenen Disziplinen. Die Forderung der Postulantin, die Grundversorger zu stärken, begrüssen wir, einerseits durch Information und Unterlagen, gleichzeitig aber auch über die praktisch anwendbare Forschung. Diesbezüglich soll der Kanton einen gezielten Beitrag leisten. Die FDP-Fraktion stimmt daher der teilweisen Erheblicherklärung zu. Zu meiner Anfrage: Post-Exertional-Malaise (PEM) ist in der Gesellschaft und leider auch bei Fachpersonen, Arbeitgebenden und den Sozialversicherungen noch viel zu wenig bekannt. Es wird oft nicht verstanden und teilweise als psychologisches Problem abgetan, dass nach den geringsten emotionalen, körperlichen oder psychischen Belastungen eine allgemeine Zustandsverschlechterung eintreten kann. Manchmal hat man auch das Gefühl, dass diese Person einfach nicht will. Das ist aber falsch. In schweren Fällen kann nur schon ein Telefonat mit dem Arzt oder der Sozialversicherung zu

einer Anstrengung mit anschliessender PEM führen. Die Verschlechterung des Zustands unter PEM kann wenige Tage bis zu wenigen Wochen dauern oder sogar irreversible Gesundheitsverschlechterungen zur Folge haben. Wir möchten deshalb den Kanton aufrufen, nebst Long Covid auch PEM konsequent zu verfolgen und die notwendigen Massnahmen an die Hand zu nehmen. Es ist wichtig, dass die verantwortlichen Stellen bei der Invalidenversicherung (IV), beispielsweise der regionale ärztliche Dienst wie auch die Gutachter, das Syndrom PEM erkennen. Für Schwer- und Schwersterkrankte ist es nämlich fast unmöglich, die Anstrengung zu meistern, eine Gutachterin oder einen Gutachter in einer anderen Stadt aufzusuchen. Der Reiseweg und die Befragung sind eine enorme körperliche und psychische Anstrengung, die ein PEM zur Folge haben. So nimmt die IV eine Verschlimmerung in Kauf, wenn sie für die Gutachten auf einem Besuch besteht. PEM ist eine heimtückische Krankheit, und der Kanton kann viel Gutes tun und dabei erst noch Geld sparen, wenn er die nötigen Massnahmen umsetzt.

Simone Brunner: Versuchen Sie, sich in folgende Situation zu versetzen: Sie hatten Corona mit einem leichten Verlauf mit einer Erkältung und Halsschmerzen, also nichts Dramatisches. Nach dem Abklingen der Symptome ist wieder Alltag angesagt. Doch nach ein paar Tagen, von einem Moment auf den anderen, ist nichts mehr, wie es einmal war. Sie leiden an heftigen Denk- und Konzentrationsstörungen sowie an Orientierungsstörungen. Sie haben während 24 Stunden am ganzen Körper Schmerzen und massive Schlafstörungen und sind nicht mehr belastbar. Die kleinste Belastung, meistens mit einer Verzögerung von 12 bis 36 Stunden, wirft sie mit Grippe-symptomen ins Bett, begleitet von einer bleiernen Müdigkeit. An Erwerbsarbeit, geschweige denn an Care-Arbeit ist nicht mehr zu denken. Das ist der Zeitpunkt, an dem es angezeigt ist, ärztliche Hilfe zu holen. Was ist aber, wenn der Hausarzt keinen Plan hat? Er schreibt sie fürs Erste krank und empfiehlt Ihnen die Long-Covid-Sprechstunde am Luzerner Kantonsspital (LUKS). Nach sechs Monaten langen Wartens erhält man einen Termin. Alles, was man danach weiss, ist, dass man möglicherweise Long Covid hat, aber man hat noch keine Informationen darüber, wie eine Behandlung aussehen könnte. Wir sprechen schweizweit von rund 200 000 bis 400 000 Betroffenen, die sich in der von mir geschilderten Situation befunden haben oder immer noch befinden. Meine Schilderung war exemplarisch, die Symptome können davon abweichen und schwerwiegender oder weniger schwerwiegend sein. Seit ich das Postulat vor einem Jahr eingereicht habe, ist die Zeit glücklicherweise nicht stehengeblieben, sondern es hat sich einiges getan. Beispielsweise wurde ein Leitfaden für die Grundversorgenden herausgegeben, der die Hausärztinnen und Hausärzte unterstützt und Hilfestellungen bietet, um die Symptome zu erkennen und einzuordnen und Behandlungsansätze aufzeigt. Um dem komplexen Krankheitsbild gerecht zu werden, reichen die Behandlungsempfehlungen des Leitfadens für die Hausärztinnen und Hausärzte nicht aus. Spezialisierte Ärztinnen und Ärzte müssen die Betroffenen auf ihrem Genesungsweg begleiten, wenn es denn einen gibt. Dazu ist eine Anlaufstelle mit einer hohen Spezialisierung notwendig. Das kann der Kanton Luzern nicht allein umsetzen, sondern es braucht eine überregionale Lösung. Parallel dazu muss weiter nach den Ursachen und den Behandlungsmöglichkeiten geforscht werden. Das kostet Geld. Leider reichen die dem Long-Covid-Netzwerk Altea zugesprochenen 30 000 Franken nicht aus, sondern sie sind ein Tropfen auf den heissen Stein. Es ist ein wichtiger symbolischer Beitrag, aber es braucht mehr. Die Regierung könnte auf verschiedenen Ebenen Anstösse geben, auch in der Forschung. Eine ungenügende Behandlung führt für die Betroffenen und für die Angehörigen zu krassen Leidensgeschichten und zu enormen Kosten. Deshalb braucht es eine weitere Sensibilisierung und Schulung der Grundversorgenden, aber auch von Weiteren, etwa den Arbeitgebenden. Weiter ist der Aufbau eines überregionalen

Kompetenzzentrums nötig. Ich bitte Sie, der Erheblicherklärung zuzustimmen.

Claudia Huser: Die GLP-Fraktion stimmt mit der Regierung und der Postulantin überein, dass wir für Long Covid gewappnet sein müssen und wir noch lange damit beschäftigt sein werden. Die Betroffenen benötigen eine vollumfängliche Unterstützung. Wir unterstützen es, dass sich der Kanton dem Long-Covid-Netzwerk Altea angeschlossen hat und die Hausärzte gestärkt werden sollen. Es ist richtig und wichtig, nun in die Forschung zu investieren. Natürlich kann man sagen, dass 30 000 Franken nur ein Tropfen auf den heissen Stein sind, aber wir sind einer von 26 Kantonen. Es macht jedoch Sinn, dass sich die Kantone zusammenschliessen und nicht jeder Kanton eigene Wege geht. Es geht darum, die Kräfte zu bündeln und möglichst schnell zu Erkenntnissen zu gelangen. Aus den genannten Gründen stimmt die GLP-Fraktion der teilweisen Erheblicherklärung zu. Sowohl die Kosten als auch die Ressourcen sollen gebündelt getragen und eingesetzt werden.

Urs Christian Schumacher: Ich möchte das Postulat erweitern und folgenden Antrag an die Erstunterzeichnende und den Rat stellen: Mit dem Postulat sind auch sofortige Massnahmen zur Gesundheitsversorgung von Long-Vac-Betroffenen, also mRNA-Impfopfern, mit einzuschliessen. Wieso? Das Chronic Fatigue Syndrom (CFS) und myalgische Enzephalomyelitis (ME) oder die systemische Belastungsintoleranz-Erkrankung sind eine multisystemische Erkrankung mit neurologischen, immunologischen und autonomen Störungen und Störungen des Energiestoffwechsels. Ursächlich werden diverse Viruserkrankungen vermutet, auch wenn es dazu keine Tests oder Biomarker gibt, denn der Nachweis von Serumantikörpern bei einer durchgemachten Infektion beweist noch nicht den Zusammenhang. Letztlich handelt es sich um eine neurovegetative Erschöpfung mit unterschiedlichen somatischen Beschwerden. Unbestritten kann eine schwere Covid-19-Infektion ein solches Krankheitsbild verursachen, aber anhaltende Erschöpfung, Adynamie und diverse vegetative Symptome entstehen auch nach schweren und anhaltenden psychosozialen und emotionalen Belastungen. Schliesslich berichten auch viele Patienten im Anschluss an eine mRNA-Impfung von CFS und entsprechend anhaltenden Symptomen. Vor einer Woche kam es in Köln zu Protesten von Betroffenen, die sich von Politik und Medizin im Stich gelassen fühlen. Im Kanton Bern wurde ein Vorstoss zur Unterstützung von mRNA-Impfopfern im Grossen Rat teilweise erheblich erklärt. Der Deutsche Gesundheitsminister Karl Lauterbach bestätigte auch in mehreren Debatten, dass Long Covid und Long-Vac-Impfnebenwirkungen kaum auseinanderzuhalten seien. Immerhin gibt es erste erfolgversprechende Therapieansätze mit monoklonalen Antikörpern gegen das Spike-Glykoprotein, das sowohl nach einem Virusinfekt als auch nach einer Impfung persistieren kann. Ich bitte daher auf meinen Antrag einzutreten, dass mit dem Postulat auch Massnahmen für Patienten mit Long-Vac angeboten werden.

Jasmin Ursprung: Long Covid ist eine Thematik, die seit der Corona-Pandemie sehr aktuell ist und zugleich erforscht wird. Seitens des LUKS werden seit der Pandemie sogar extra Sprechstunden für diese Erkrankung angeboten. Nun fordert das Postulat mehr Massnahmen für eine bessere Behandlung und Forschung dieser Erkrankung. Die SVP-Fraktion ist grundsätzlich der Meinung, dass die Behandlung dieser Erkrankung primär in die allgemeine Grundversorgung integriert werden soll. Zugleich besteht in der Schweiz ein breites Angebot an Anlaufstellen für Personen, die von der Post-Covid-19-Erkrankung betroffen sind, und ebenso ein gut ausgebautes Netz an spezialisierten Angeboten zur Abklärung und Behandlung der verschiedenen Symptome. Wir sehen deshalb nicht, dass wir diese Long-Covid-Sprechstunde im LUKS weiter ausbauen sollten. Verbesserungspotenzial sehen wir jedoch beim Zugang zu den Angeboten sowie beim Wissensaustausch und bei der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Leistungserbringern. Deshalb stimmt die

SVP-Fraktion der teilweisen Erheblicherklärung des Postulats P 1095 zu.

Hannes Koch: In der Antwort zur Anfrage A 92 zeigt die Regierung auf, dass sie in Sachen Long Covid und CFS mit dem Long-Covid-Netzwerk Altea zusammenarbeitet und den Verein mit finanziellen Mitteln unterstützt. Altea leistet gute Arbeit, deshalb ist es richtig, dass der Kanton diese Arbeit unterstützt. Aber das reicht nicht aus. Die Anfrage zielt auch auf die Sozialversicherungen ab und beispielsweise auf die Sensibilisierung von Arbeitgebenden. Wir erachten es als richtig, wenn sich der Kanton zum Beispiel im Rahmen der Gesundheitsförderung für dieses Thema engagiert. Unserer Meinung nach ist diesbezüglich noch Potenzial vorhanden. Die Antworten der Regierung zeigen auch, dass der Kanton seinen Spielraum nicht vollumfänglich ausnutzt. Umso mehr sind wir darüber erfreut, dass die Regierung die teilweise Erheblicherklärung des Postulats P 1095 beantragt und den Handlungsbedarf anerkennt. Das Postulat fordert, dass im Kanton Luzern Massnahmen für eine suffizientere medizinische Behandlung von Long-Covid-Betroffenen ergriffen werden. Auch hier verweist die Regierung wiederum auf Altea. Die spezialisierten Sprechstunden des LUKS und der Hirslanden-Klinik sind ebenso wichtige Massnahmen. Gleichzeitig ist die Grüne Fraktion aber der Meinung, dass der Kanton im Bereich Forschung und in der Gesundheitsförderung mehr tun kann und muss. Wir erachten es als wichtig und richtig, dass die Regierung weitere Möglichkeiten prüft, und stimmen der Erheblicherklärung des Postulats P 1095 zu.

Stephan Schärli: Zum Anliegen von Urs Christian Schumacher: Ein Postulat kann nicht einfach mit einem Antrag ergänzt werden. Ich bitte darum, dies in Zukunft zu beachten. Der Mitte-Fraktion ist es sehr wichtig, dass dem Thema Long Covid genug Beachtung geschenkt wird. Die verschiedenen Symptome sind sehr vielfältig. Deshalb ist es wichtig, die Verantwortung nicht einfach an die Hausärztinnen und -ärzte oder an die Long-Covid-Sprechstunde zu delegieren, sondern dass eine gesamtheitliche Sensibilisierung bis und mit den spezialisierten Ärztinnen und Ärzten erfolgt. Die Mitte-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung des Postulats P 1095 zu.

Simone Brunner: Die Ursachen von Long Covid sind vielschichtig. In der Zwischenzeit wurde herausgefunden, dass viele Symptome von Long Covid identisch sind mit jenen von ME/CFS. Die Ursache – auch in Bezug auf den Antrag von Urs Christian Schumacher – ist dabei sekundär. Es geht um die adäquate Erkennung, Diagnose und Behandlung der Erkrankung.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Die Covid-19-Pandemie hallt immer noch nach. Mir ist es wichtig, die Haltung der Regierung zu Long Covid oder CVS-Patienten und -Patientinnen zu untermauern. Uns ist es klar, dass es sich um eine ernst zu nehmende Erkrankung handelt und sich unsere Spitäler, vor allem das kantonseigene, der Verantwortung bewusst sein müssen und sich nicht herausnehmen, wie wir das aus anderen Kantonen gehört haben. Deshalb bin ich froh – und das wurde mir seitens des LUKS auch bestätigt –, dass die Sprechstunden für Long-Covid-Patientinnen und -Patienten am LUKS weiterhin aufrechterhalten werden. Andere Spitäler stellen diese Sprechstunden aus wirtschaftlichen Gründen ein. Das LUKS wird das nicht tun. Das ist ein richtiges und auch wichtiges Bekenntnis. Diese Woche gab es eine Meldung, die Long-Covid-Patientinnen und -Patienten Hoffnung machen darf: Ein Zürcher Unternehmen hat eine Studie durchgeführt, dank der die Symptome möglicherweise besser erkannt und Therapiemöglichkeiten anberaumt werden können. Die Erkenntnisse sind aber alle noch auf Studienstufe. Es zeigt aber, dass die Forschung und die entsprechenden Institutionen mit Forschungsaufträgen ihre Arbeit tun. Was können die Regierung und der Kanton tun? Wir können darauf achten, dass sich das

LUKS der Long-Covid-Patientinnen und -Patienten annimmt. Wir können gemeinsam mit anderen Kantonen und der Schweizerischen Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) Altea weiterhin finanziell unterstützen, damit wir im Verbund eine gewisse Wirkung erzielen, um die Forschung zu unterstützen und weiter zu fördern. Ich bin absolut der Meinung von Gaudenz Zemp, dass wir die Arbeitgebenden immer wieder daran erinnern müssen, dass Long-Covid-Patientinnen und -Patienten ernst zu nehmen sind. Deshalb beantragen wir auch die teilweise Erheblicherklärung des Postulats P 1095. Der Kanton soll sich hier im Rahmen seiner Möglichkeiten weiter einsetzen einerseits mit den jährlichen Beiträgen an Altea, andererseits aber auch mit der Befähigung unserer Hausärztinnen und -ärzte, aber auch im Spitalbereich, damit diese Patientenschaft entsprechend behandelt werden kann. Wir wissen im Moment noch sehr wenig über die Symptome und die Ursachen von Long Covid. Deshalb ist diesbezüglich noch ein grosser Forschungsaufwand nötig.